

Plenarprotokoll

137. Sitzung

Freitag, 16. Dezember 2016

Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive11463

Bericht im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 18/4464

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4464.pdf>

Angelika Beer [PIRATEN]11468

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem gemeinsamen Wunsch aller Mitglieder unseres Parlaments, Licht ins Dunkle, man könnte auch sagen: Licht in die braune Vergangenheit unseres Landes, und hier eben des Landtages und der Landesregierung nach 1945 zu bringen, sind Professor Dr. Danker, Dr. Lehmann-Himmel und Dr. Glienke gefolgt. Sie sind der Vergangenheit wissenschaftlich-akribisch auf den Grund gegangen und haben uns einen tiefen Einblick in das erschreckende Ausmaß des parlamentarischen Wirkens früherer NS-Mitglieder ermöglicht.

Manche mögen nun denken: Okay, der Auftrag kam spät. - Ich sage das, weil wir im Kopf haben sollten, dass auf Bundesebene beispielsweise das Auswärtige Amt schon 2005 diese Analyse in Auftrag gegeben hat. Wir sind jetzt im Jahr 2016. Viele sagen: Besser spät als gar nicht, und nun kann man endlich einen Schlussstrich ziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Auffassung möchten wir als Fraktion der PIRATEN ausdrücklich nicht zustimmen, sondern ihr Fakten entgegenhalten. Die gesellschaftliche und institutionelle **Aufarbeitung der NS-Verbrechen** geht weiter, muss weitergehen, denn nur die aktuelle Auseinandersetzung mit dieser schrecklichen Vergangenheit schärft unsere Sensibilität, rechtsextremen und rechtspopulistischen Strömungen und Gruppierung heute und auch zukünftig von Beginn an mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ich bin überzeugt: Wir brauchen anhaltenden historischen Tiefgang, um die Zukunft zu steuern, unsere Demokratie weiter zu festigen und jederzeit bereit zu sein, sie zu verteidigen, wenn sie angegriffen wird. Dies ist auch unsere Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen.

Aus diesem Grund begrüßen wir, dass uns die wissenschaftlichen Aufarbeitungen deutliche Hinweise darauf geben, dass die bisherigen und heute vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zumindest zu sechs weiterführenden Fragen führen, die mit dieser Studie nicht beantwortet werden konnten, weil dies nicht Gegenstand des Auftrages war.

Erstens. Gab es in der schleswig-holsteinischen Landespolitik seit 1945 Muster- und Gruppenbildung im grundsätzlichen demokratischen Engagement oder im engeren vergangenheitspolitischen Agieren, die in einem plausiblen Zusammenhang zur jeweiligen Teilbiografie im NS-Staat standen?

Zweitens. Welche tatsächliche Relevanz besaßen innerhalb von Parlament und Regierung Beziehungen zu Seilschaften der Rekonstruktion sehr belasteter Arbeitskollegen oder zu Netzen kollektiver Strafvereitelung bei höchstrelevanten Verbrechen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Fazit kommt das Team Danker zu dem Ergebnis, dass die schleswig-holsteinische Justiz seit der Wiedereröffnung der Gerichte im Oktober 1945 stellenweise durchsetzt war mit ehemaligen Nationalsozialisten und Richtern, die schon vor 1945, mitunter sogar im Bereich der NS-Sondergerichte tätig waren. Die Analyse **der schleswig-holsteinischen Justiz** war nicht Untersuchungsgegenstand. Aber auch hier gilt es aus unserer Sicht nachzuhaken. Es geht auch dar- um, die Frage der Seilschaften zu beleuchten, unter anderem, indem man vorliegende Untersuchungen anderer Bundesländer, aber auch der Bundesministerien nicht nur zugrunde legt, sondern auch versucht, miteinander in Verbindung zu bringen. Ich nenne als Beispiel die Akte Rosenberg vom Bundesministerium der Justiz.

Lassen Sie mich noch etwas zu den unterschiedlichen Typen der NSDAP-Mitgliedschaften anmerken. Sie haben dadurch ein sehr differenziertes Bild ermöglicht. Wir sollten aber auch den Ansporn haben, weiter zu schauen. Lassen Sie mich das am Beispiel meines Vaters, Dr. Herbert Beer, deutlich machen, der in der Studie „angepasst“ aufgeführt wird, und lassen Sie mich das mit der Aussage verbinden, man könne nicht von Renazifizierung sprechen, sondern höchstens vom Platznehmen in einem neu verfassten Staat.

Ich denke, die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen; denn wie soll diese Bewertung zusammenpassen mit der Tatsache, dass mein Vater bis 1967 aktives Mitglied war und sich am Gründungsprozess der NPD beteiligt hat? Wie soll das damit zusammenpassen, dass mein Vater bis zu seinem Tod, aber auch als Landtagsabgeordneter einen ausgeprägten Russlandhass verbreitet hat und bei der Kanzlerkandidatur vor dem Ausbruch des Dritten Weltkriegs warnte, wenn tatsächlich Willy Brandt gewählt werden würde?

Hier sind einige Punkte genannt worden. Ich verstehe diese alle als Auftrag für die 19. Legislaturperiode, aber auch für jeden, selbst zu prüfen, wo wir weiter forschen.

Eine Rückmeldung noch an das Danker-Team: Nach Ihrer ersten Präsentation im April bin ich von ganz vielen angesprochen worden, die gesagt haben: Ich wollte mich bisher eigentlich nicht damit auseinandersetzen, mit der Vergangenheit, aber jetzt habe ich doch viele Fragen. Ich sehe jetzt, dass auch ich die Vergangenheit auch meiner Eltern oder der Familie analysieren oder mich zumindest damit auseinandersetzen sollte. - Auch das ist bereits ein Gewinn und ein Ergebnis Ihrer Studie, das sonst so nicht stattgefunden hätte. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Beschluss:

Überweisung des Berichts Drucksache 18/4464 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....11473

Es ist beantragt worden, den Bericht in der Drucksache 18/4464 dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

- Das ist einstimmig. Danke schön.

Landtag befasst sich mit NS-Belastungen in der Nachkriegszeit

Mit großem Dank an das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte für die geleistete Arbeit und mit nachdenklichen Worten über die eigene Vergangenheit hat der Landtag die im Frühjahr veröffentlichte Studie über die Nachkriegspolitiker mit NS-Vergangenheit diskutiert.

• Angelika Beer (Piraten):

Mit dem Abschluss der Studie kann kein Schlussstrich gezogen werden. Die Aufarbeitung der

NS-Vergangenheit muss weitergehen. Nur die Kontinuität schärft unsere Sensibilität, rechtsextremen Strömungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wir brauchen anhaltenden historischen Tiefgang, um unsere Demokratie zu festigen und zu verteidigen, wenn sie angegriffen wird.

<http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/48/debatten/53.html>